Informationen der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

blick punkt

Nr. 4 · Juli 1970

US-Soldaten statt Spaziergänger

Nauheimer Gemeindewald soll zum Truppenübungsplatz werden

V... ...spondenten Walt...

Vor wenigen Wochen ging diese Meldung durch die Presse, die viele Bürger aufschreckte.

Gut zwei Kilometer von Mörfelden entfernt, sollte im Nauheimer Oberwald ein Truppenübungsplatz entstehen. Die Nauheimer Gemeindevertretung und Landrat Willi Blodt erhoben Einspruch gegen dieses Vorhaben. Die DKP – Mörfelden protestierte sofort gegen diese Pläne, indem sie rund um das bedrohte Waldgebiet Schilder anbrachte, um die Bevölkerung auf die Gefahren aufmerksam zu machen (unsere Bilder). In einer Pressemitteilung erinnerte die DKP daran, daß sich in der Nähe bereits ein riesiges Areal der Amerikaner befindet, in dem wahrscheinlich ABC-Waffen gelagert werden.
Landrat Willi Blodt erklärte mittlerweile, die Gefahr sei „inoffiziell" abgewendet. Wie wir erfuhren, besteht nach wie vor eine Bedrohung für dieses Gebiet. Neuerdings ist der Treburer Wald, in der Nähe des Militärflughafens, im Gespräch.
Wir müssen wachsam bleiben.

rh

Zwei Jahre als Pfarrer in Mörfelden

Pfarrvikar Gerd Mey, der jetzt fünf Jahre in Afrika wirken wird, schickte uns zum Abschied folgenden Beitrag. Wir bedanken uns dafür recht herzlich und wünschen ihm und seiner Familie viel Glück auf seinem künftigen Lebensweg.
Die „blickpunkt"-Redaktion

Als Pfarrer lernt man Leute kennen; das ist das Schönste in unserem Beruf. Ich habe in Mörfelden Familienväter kennengelernt, die mit ungeheurem Verantwortungsbewußtsein versuchen, ihre Familien gegen alle Eventualitäten zu sichern. Ich habe alte Menschen kennengelernt, die ein Leben lang hart gearbeitet haben und denen diese Anstrengung eine besondere Würde gegeben hat. Ich habe mit Eltern gesprochen, die das Beste für ihre Kinder wollten.

Ich habe mir überlegt, welchen Sinn die Anstrengungen und Sorgen der Arbeitenden haben, wenn es nicht gelingt, den Frieden zu sichern. Die Alten haben zweimal erlebt, wie ein Krieg, den sie nicht gewollt haben, alles zerstörte. Ich habe darüber nachgedacht, wie zynisch es ist, diesen Menschen, die so viel Verantwortungsgefühl zeigen, die Möglichkeiten zu Mitsprache und Mitbestimmung zu verweigern, von denen sie unmittelbar betroffen werden. Es geschieht ja immer noch im Betrieb, aber auch auf weiten Strecken in der Verwaltung, daß Menschen zu Objekten von Maßnahmen herabgewürdigt und entmündigt werden. Ich habe gesehen, wie sich das auswirkt; wie Leute zwar erkannten, was gespielt wird, aber enttäuscht von zu viel Fehlschlägen, die Hoffnung aufgaben: „Die da oben machen ja doch, was sie wollen, wir werden nicht gefragt." Und ich habe mich geärgert, wenn man diesen Leuten dann Gleichgültigkeit oder Desinteresse vorwarf, anstatt zu fragen, woher das kommt.

Von solchen Überlegungen und Beobachtungen ist es dann nur ein Schritt zu politischem Engagement, denn in der Politik werden ja die Bedingungen gesetzt, die das Leben der einzelnen beeinflussen. Ich meine, daß jeder dabei mitreden muß, daß man die Politik nicht einer kleinen Gruppe von Gewählten überlassen darf, und ich meine auch, daß die Gewählten gut daran täten, viel mehr auf die „einfachen Leute" zu hören, denn sie haben eine Fülle von Ideen, wenn man sie nur reden läßt. Leider halten es viele Gewählte immer noch für eine Störung, wenn die Betroffenen sich zu Wort melden.

Beim politischen Engagement in Mörfelden bin ich nun Leuten begegnet, die an der Hoffnung festhalten, daß ein menschenwürdiges Leben möglich ist, und diese Hoffnung in die kleine Münze der konkreten politischen Aktion umsetzen. Darüber habe ich mich gefreut und habe mit ihnen zusammengearbeitet, ob es sich nun um Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale oder Christen handelte. Ich denke, daß es ohne diese Zusammenarbeit nicht geht.

Diejenigen, denen an einer Bewußtwerdung der Massen nichts gelegen ist und die von menschlicher Würde und Freiheit nur in schönen Reden sprechen, sind stark. Sie sitzen an den Schaltstellen in Wirtschaft und Politik und kontrollieren weitgehend die Informationsmöglichkeiten. Die Gewöhnung und Betriebsblindheit der Beherrschten stabilisieren ihre Herrschaft. Deshalb müssen die Fortschrittlichen zusammenarbeiten, egal, wo sie stehen. Fortschrittlich, das Wort verlangt nach einer Erklärung, fortschrittlich ist für mich derjenige, der eine Alternative zur gegenwärtigen schlechten Praxis zu denken weiß und der die Mündigkeit und Selbstbestimmung des Menschen will. Mag er es marxistisch oder christlich formulieren, das spielt keine Rolle. Entscheidend ist, sein Verhalten, das zeigen muß, daß Selbstbestimmung und Mündigkeit keine Lippenbekenntnisse sind.

Es hat in Mörfelden streckenweise eine solche Zusammenarbeit gegeben. Ich wünsche den Mörfeldern, daß sie intensiviert und ausgeweitet wird – im Interesse der Sache.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Gerd Mey

EIN VERGLEICH

Mit dieser Untersuchung beschließen wir eine Reihe von „blickpunkt"-Beiträgen zu Bildungsfragen, die uns ein bekannter Pädagoge zur Verfügung stellte. Wir halten dieses Thema für außerordentlich wichtig, deshalb werden wir auch in künftigen Ausgaben dem Bildungswesen breiten Platz einräumen.

Während im Osten die Frage des Wissens und Könnens zur höchsten Staatsaufgabe geworden ist, stehen wir in der Bundesrepublik in vielem noch auf dem Boden der Bildungsideale des 19. Jahrhunderts.

Die führende Stellung, die Deutschland noch zu Beginn des Jahrhunderts inne hatte, war gekennzeichnet durch eine gründliche Ausbildung des Nachwuchses und eine für seine Zeit vorbildliche Organisation des Schulwesens.

Nach dem 1. Weltkrieg haben die USA ihr Ausbildungswesen in umfassender Weise ausgeweitet und schufen damit u.a. die Voraussetzungen für einen schnellen Anstieg der Industrie-Produktion. Auch in der UdSSR, die zu Beginn der zwanziger Jahre noch fast ein reiner Agrarstaat war, hat in dieser Zeit ein steiler industrieller Aufstieg eingesetzt. Dementsprechend hat man seit Ende der zwanziger Jahre der Ausbildung des Nachwuchses besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Ziel, die eigene Wirtschaftskraft soweit zu steigern, daß die USA übertroffen werden, wird heute fest verfolgt und zeigt sich darin, daß z.B. die Förderungs- und Lenkungsmaßnahmen zugunsten des technisch-wissenschaftlichen Studiums in der UdSSR etwa 30 % aller Studenten erfaßt, gegenüber nur 10 % in den USA.

In den beiden Teilen Deutschlands haben sich, ausgehend von derselben Basis 1945, zwei völlig unterschiedliche Bildungssysteme entwickelt. Sind zwei gegensätzliche Gesellschaftsordnungen dafür maßgebend, so gibt es doch Gemeinsames in jenen Fragen und Antworten, die sich aus den in Ost und West ähnlichen Zukunftsforderungen einer modernen Industriegesellschaft ergeben. Das Bildungswesen in der DDR aber beruht auf der geschlossenen ideologischen Konzeption des Marxismus-Leninismus, während in der BRD eine Vielzahl gesellschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Richtungen miteinander um den Einfluß auf das Bildungswesen konkurrieren — das ist der große Unterschied, und er wirkt sich für uns recht negativ aus.

Über 7 % des Nationaleinkommens investiert die DDR jährlich in ihr Erziehungswesen und zählt somit zur Spitzengruppe in der Welt.

Vom Kindergarten bis zur Universität und zur Erwachsenenbildung sind die einzelnen pädagogischen Bereiche in einem umfassenden Bildungssystem miteinander verbunden.

Im Unterschied zur DDR, wo die Schüler schon seit 1958 auf die Berufswelt vorbereitet werden, bedurfte es in der BRD erst der Wirtschaftskrise 1966/67, um Diskussionen über die berufliche Bildung auszulösen; denn diese Rezession hat gezeigt, daß eine wirtschaftliche Krise nicht alle Arbeitsplätze in gleicher Weise gefährdet. Bedroht sind in erster Linie ungelernte und schlecht ausgebildete Kräfte.

Trotz vieler Richtlinien werden nach wie vor die Schüler in der BRD in den allgemeinbildenden Schulen nur unzureichend oder gar nicht auf die Berufs- und Arbeitswelt vorbereitet, während diese Leistung heute in der DDR innerhalb der 10jährigen polytechnischen Oberschule, die von allen Kindern besucht wird, durch die Verbindung von Allgemeinbildung, polytechnischer Bildung und Erziehung vollbracht wird.

Ein Vergleich der Leistungsfähigkeit der Systeme in beiden Teilen Deutschlands fällt heute zugunsten der DDR aus.

Wir können im Gegensatz zur DDR nicht voraussagen, wann solche Zielvorstellungen verwirklicht sein werden, aber, und das scheint mir bedeutsam:

Nie zuvor hat ein Bereich der Politik eine solche umfassende und weiter anhaltende Konjunktur der öffentlichen Aufmerksamkeit genossen wie die Bildungspolitik.

In der Diskussion um die Veränderung im Schulwesen schält sich in Ost und West immer mehr die Grundsatzfrage heraus, wie die Schule morgen sein muß, um den Bedarf von Staat und Gesellschaft an Fachkräften zu befriedigen.

Daß unser Bildungswesen einer durchgreifenden Reform bedarf, mögen einige Vergleichszahlen zeigen:

DDR: Auf 10 000 d. Bevölkerg. = 38 Studierende
BRD: Auf 10 000 d. Bevölkerg. = 26 Studierende

UdSSR: Auf einen Lehrer in der allgemeinbildenden Schule = 17 Schüler
BRD: Auf einen Lehrer in der allgemeinbildenden Schule = 35 Schüler

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß unser Erziehungs- und Bildungswesen mit der stürmischen Entwicklung seit 1920 nicht Schritt gehalten hat.
Diese dringenden Aufgaben müssen endlich gelöst werden, wollen wir in Zukunft mit den übrigen Industrienationen Schritt halten. H. W.

Bildungsfragen sind Machtfragen

Die DKP hat in einer Broschüre ihre Vorstellungen von einem demokratischen Bildungswesen vorgelegt. Nachfolgend lesen Sie kurze Auszüge aus diesem Entwurf.

Nichts kann darüber hinwegtäuschen, daß für die arbeitende Bevölkerung, daß für 9 Millionen junge Menschen die gegenwärtige Lage des Bildungswesens in der Bundesrepublik unerträglich ist.

Tatsache ist

- für die Mehrzahl der Schüler steht als einzige allgemeine Bildungsstätte eine oft wenig gegliederte, mit Lehrmitteln und Schulräumen unzureichend ausgestattete Grund- und Hauptschule zur Verfügung; der chronische Lehrermangel und die Schulraumnot machen selbst eine den einfachsten Anforderungen genügende Bildung und Ausbildung unmöglich;
- der Unterricht wird in vielen Fächern noch weitgehend nach Bildungsplänen und Schulbüchern durchgeführt, die in Anlage und Inhalt dem bürgerlichen Weltbild des vorigen Jahrhunderts entsprechen. Das „Reformbestreben" der Herrschenden geht dahin, ihn jetzt auf das Leitbild der formierten spätkapitalistischen Gesellschaft auszurichten. Der Kampf der Massen um gesellschaftlichen Fortschritt, die Politik der Arbeiterparteien, die Rolle der Gewerkschaften, der entscheidende Inhalt der Geschichte und Gegenwart unseres Jahrhunderts wird verschwiegen oder entstellt;
- Nationalismus und Neonazismus, Antikommunismus und Revanchedenken stehen demokratischen Bildungsbemühungen entgegen;
- die Bildungsbarrieren für die Kinder der Arbeiterschaft und der Bauern bestehen nach wie vor. Nur 6 Prozent der Studierenden sind Arbeiterkinder, obwohl der Anteil der Arbeiter an der Bevölkerung über 50 Prozent beträgt;
- das Bildungsgefälle zwischen den Bundesländern und zwischen Stadt und Land wirkt sich am stärksten im Grund- und Hauptschulbereich aus und benachteiligt damit besonders die Kinder aus der arbeitenden Bevölkerung;
- die Berufsausbildung ist antiquiert. Sie richtet sich ausschließlich nach Profitinteressen; sie erfüllt in keiner Weise die durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik gestellten Anforderungen und entspricht nicht einmal den unter den Bedingungen des Kapitalismus vorhandenen Möglichkeiten; sie schließt die Mitbestimmung der Jugend und die Gewährleistung sozialer Sicherheit aus;
- Universitäten, Fach- und Hochschulen sind zur Untertanenfabriken degradiert; Studium, Lehre und Forschung werden Macht- und Profitinteressen einer großkapitalistischen Minderheit und ihren aggressiven Zielen unterworfen.

Das gesamte Bildungswesen ist von den herrschenden Kreisen darauf angelegt, die Jugend im Interesse der Stabilisierung des überholten spätkapitalistischen Systems, der Profite des Monopolkapitals und seiner antidemokratischen, unsozialen, den Frieden in Europa gefährdenden Ziele zu manipulieren.

Der Beweis wurde

„Die da oben

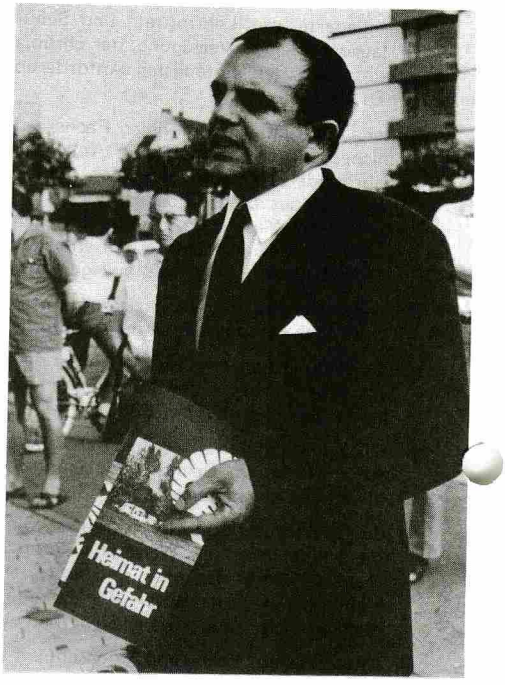
nicht mache

Es erfüllt uns alle mit Genugtuung, daß das hessische Kabinett gezwungen wurde, vom Raffinerie-Projekt des Shell-Konzerns zurückzutreten. Es hat sich gezeigt, daß der Druck einer breiten demokratischen Öffentlichkeit zu einer Korrektur obrigkeitsstaatlicher Vorhaben führen kann.

Die Protestwelle, die in den letzten Wochen über den Landkreis Groß-Gerau rollte, hat bewiesen, daß Gesundheitsfürsorge und sinnvolle Erholungspolitik heute im Bewußtsein der Bürger mindestens ebenso stark verankert sind wie das wirtschaftliche Wachstum, das internationale Forscher längst entzaubert haben, weil es unter der Formel „Produzieren, verbrauchen – noch mehr produzieren" in ein verhängnisvolles Chaos führen muß. Die letzten Wochen haben bewiesen, daß wir dem Zeitpunkt näher kommen, wo der Verzicht am rechten Ort auch als Fortschritt gepriesen wird.

In Zukunft erwartet die DKP von der hessischen Landesregierung und allen anderen Behörden eine offene und rechtzeitige Information der Bürger, wenn es um Belange der Allgemeinheit geht. Bei allen Entscheidungen müssen die Interessen der arbeitenden Menschen höher bewertet werden, als die Profitinteressen großer Kapitalgesellschaften.

rh



Pfarrer Kurt Oeser, Sprecher einer Kundgebung in Groß-Gerau gegen das Shell-Projekt. Als Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Mensch-Umwelt hat er sich große Verdienste erworben. Er hat mit dazu beigetragen, daß immer mehr Menschen die Gefahren erkennen, die sich aus der Zivilisation ergeben.

e erbracht:

können

was sie wollen!"

Sechs Millionen Quadratmeter Erholungsgebiet wollte die Shell für ein Petro-Chemiewerk in Beschlag legen. Aber die Schildwache der Bürger war stärker als die vordergründigen Profitinteressen eines Konzerns und die Eigensüchteleien eines Wirtschaftsministers und seines willfährigen Stabes.
Alle betroffenen Gemeinden, viele Vereine und Organisationen protestierten gegen das Vorhaben. Die DKP verteilte 25 000 Flugblätter („Heimat in Gefahr") im Kreisgebiet. In Groß-Gerau gab es ein „Go-in" ins Landratsamt (unser Bild), bei dem Mitglieder des DGB-Ortskartells, der Jungsozialisten und der Deutschen Kommunistischen Partei teilnahmen.

Hier berichten wir regelmäßig über wichtige Ereignisse im Mörfelder Stadtparlament und über die Arbeit der SDO-Fraktion.

Aus der Presse, aber auch aus den drei vorausgegangenen Ausgaben des „blickpunkt" konnte man entnehmen, daß die Fraktion der Sozialistischen Demokratischen Opposition (SDO) im Mörfelder Stadtparlament und in den dort gebildeten Ausschüssen bzw. Kommissionen bisher eine rege Tätigkeit entwickelt hat. Erst jetzt wurden von ihr wieder einige Anträge eingebracht.

Telefon für alte Bürger

Ihre Anregung an den Magistrat bezüglich Telefon für ältere, alleinstehende und gehbehinderte Bürger, ist auf Resonanz gestoßen. Vorgeschlagen wurde, daß die Stadt die Anschlußkosten und Grundgebühren übernimmt. Die betreffenden Einwohner werden gebeten, sich bei der Stadtverwaltung zu melden.

Auflösung des US-Depots

In einem Antrag werden die Stadtverordneten gebeten, wie folgt zu beschließen:

„Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden fordert mit Nachdruck, bei den zuständigen deutschen Stellen, die Auflösung des amerikanischen Depots im Oberwald, da befürchtet werden muß, daß dort atomare, bakteriologische oder chemische Massenvernichtungsmittel lagern. Die Stadtverordnetenversammlung ist besonders darüber ungehalten, daß keine dieser Stellen in der Lage oder willens war, Auskunft zu geben über die Art der gelagerten Waffen."

In der Begründung heißt es unter anderem, ABC-Waffen sollten auf keinen Fall in der BDR und in der DDR hergestellt und gelagert werden. Bis zu einer vertraglichen Vereinbarung der beiden deutschen Staaten über konkrete Abrüstungsmaßnahmen, sollten wir jedoch jetzt schon die Auflösung solcher Depots, als erste Schritte zur Entspannung in Deutschland anstreben.

Der Widerstandskämpfer gedenken

Ein weiterer Antrag befaßt sich mit der in Kürze wieder fällig werdenden Straßenbenennung. Hier schlägt die SDO vor, der ermordeten Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus zu gedenken. Für die neue Gesamtschule zwischen Walldorf und Mörfelden wurde der Name „Geschwister-Scholl-Schule" vorgeschlagen.

Durch diese Namensgebung würden in Mörfelden, wo auch Bürger zusammen mehr als 50 Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbrachten, die Widerstandskämpfer eine bleibende Würdigung erfahren.

Geschäftsordnung

Weiterhin wünscht die SDO eine Änderung der z.Zt. bestehenden Geschäftsordnung der Stadtverordnetensitzungen und bittet um Zustimmung zu folgendem Antrag:

„Zur besseren Information der Stadtverordneten wird in jeder Tagesordnung der Stadtverordnetensitzungen der Punkt ‚Anfragen an den Magistrat, Mitteilungen des Magistrats' aufgenommen. Die Möglichkeit, Fragen zu stellen, soll auf maximal eine Viertelstunde beschränkt sein."

Es wäre zu wünschen, daß vorgenannte Anträge eine Mehrheit im Mörfelder Stadtparlament finden würden.

Gesundheitsfragen

Im „blickpunkt" Nr. 3 wurde schon darüber berichtet, daß der Magistrat einen Vorschlag der SDO zur Bildung einer Gesundheitsdeputation angenommen hat.

Am 16.6. hat sich dieses Gremium konstituiert und die erste Beratung abgehalten.

Bürgermeister Bachmann gab einen Bericht darüber, was die Stadt bereits getan hat, um einen weiteren Arzt nach Mörfelden zu bekommen. Auf Grund von Inseraten in Fachzeitschriften sowie Bemühungen von verschiedenen Seiten haben sich in der Vergangenheit 8 Ärzte in Mörfelden gemeldet. Bis jetzt hat jedoch keiner der Interessenten zugesagt. Auch eine von der Stadt gemietete Praxis und Wohnung sowie in Aussicht gestelltes zinsgünstiges Darlehen und zur Verfügung gestellte Baugrundstücke halfen bis jetzt nichts.

Von dem SDO-Vertreter wurde deshalb vorgeschlagen, sich umgehend mit der Errichtung eines Ärztehauses zu befassen. Nur dann könnte man annehmen, daß sich einige praktische Ärzte und Fachärzte (Kinder-, Hals-Nasen-Ohren- und Augenarzt) bereit finden, nach Mörfelden überzuwechseln, denn dieses Ärztehaus oder Ärztezentrum könnte ein Weg sein zur Behebung eines der Hemmnisse, die junge Ärzte davon abhalten, eine Praxis bei uns zu übernehmen, nämlich die Überbeanspruchung durch die praktisch unbegrenzte Arbeitszeit. Letzteres ist zu vermeiden, wenn mehrere Ärzte sich im Schichtdienst abwechseln. Bürgermeister Bachmann stand der baldigen Inangriffnahme eines Ärztehauses nicht ablehnend gegenüber. Am Freitag, dem 17.7., besuchen deshalb die Mitglieder der Gesundheitsdeputation einige Ärztehäuser der Umgebung, um Erfahrungen zu sammeln.

Sonntagsdienst

Ein weiterer Vorschlag der SDO, im Freitags-Anzeiger wieder zu veröffentlichen, welcher Arzt Sonntagsdienst hat, wurde angenommen. Dagegen sind die beiden Mörfelder Apotheken vorerst noch nicht bereit, allein den Nacht- und Sonntags-Notdienst abwechselnd zu übernehmen. Es müssen also weiterhin Walldorfer oder Mörfelder Bürger in dringenden Fällen in ihre Nachbarstadt fahren. Hier müßte unbedingt eine andere Lösung getroffen werden.

HH

intern

Ein „blickpunkt"-Leser fragte: „. . . . sind Heinz Hechler und Artur Siegel SDO- oder DKP-Stadtverordnete. Der Leser war irritiert durch die Berichterstattung des „Freitags-Anzeigers". Ein „khk" schrieb dort über die „prokommunistische SDO".
Um die Sache klären zu können, muß man etwas in die Vergangenheit zurückgehen. Als sich die Wahlgemeinschaft Sozialistische Demokratische Opposition (SDO) zur Kommunalwahl 1968 zusammenfand, gab es in Bonn die Große Koalition. Die Bundesrepublik befand sich auf einem direkten Rechtskurs. Es gab keine legale kommunistische Partei.
Auf der Liste der SDO kandidierten nicht nur Kommunisten, die SDO repräsentierte verschiedene Kräfte der außerparlamentarischen Opposition.
Die beiden SDO-Vertreter im Stadtparlament in Mörfelden sind Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei. Sie fühlen sich den Forderungen des SDO-Wahlprogramms von 1968 verpflichtet. Die Fraktion der SDO, Parteilose und Mitglieder der DKP, treffen sich regelmäßig, um gemeinsam die Politik ihrer Parlamentsvertreter zu beraten.

rh

RATSCHLÄGE

Vielfachen Anregungen entsprechend beginnen wir heute mit dem Abdruck einer Serie, die besonders die älteren Bürger interessieren dürfte. Wir wollen in einfacher Sprache Ratschläge geben, die bei Rentenangelegenheiten helfen können. Diese ersten Hinweise erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. In künftigen „blickpunkt"-Ausgaben werden wir weitere Einzelheiten dieses Problems behandeln.

Ratschläge und Hinweise bei Erreichen der Altersgrenze

Noch ist es erforderlich, daß Arbeiter und Angestellte in der Bundesrepublik bis zum 65. Lebensjahr arbeiten müssen. Hier gilt es, eine wichtige Forderung der Gewerkschaften, die „60-Jahr-Grenze", baldigst zu verwirklichen. Heute wollen wir nicht über die „Altersgrenze" schreiben. Wir wollen lediglich den Bürgern, die auf die „65" zugehen, ein paar kurze Tips geben. Ausführliches Informationsmaterial erhalten die Versicherten bei der LVA.
Immer wieder hört man die Frage: „Was brauche ich für Unterlagen, wann werden Renten gewährt?"

1. Renten werden gezahlt bei Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit

2. Ruhegeld nach Erreichung der Altersgrenze
a) nach Vollendung des 65. Lebensjahres
b) nach Vollendung des 60. Lebensjahres (vorgezogenes Altersruhegeld)

Heute zuerst zu Punkt 2

Von großer Wichtigkeit ist, sich rechtzeitig, d.h. nicht kurz vor dem „65", sondern früher – mindestens 1 Jahr vorher – alle Versicherungsunterlagen zu beschaffen. Man prüfe Jahre vorher seine Aufrechnungsbescheinigungen auf Vollständigkeit. Von Nr. 1 bis zur letzten. Sind die „Papiere" nicht vollständig, dann wendet man sich an die LVA-Hessen mit der Bitte um einen Auszug der vorhandenen Versicherungskarten. Versicherte bis zum Jahrgang 1919 wenden sich an die

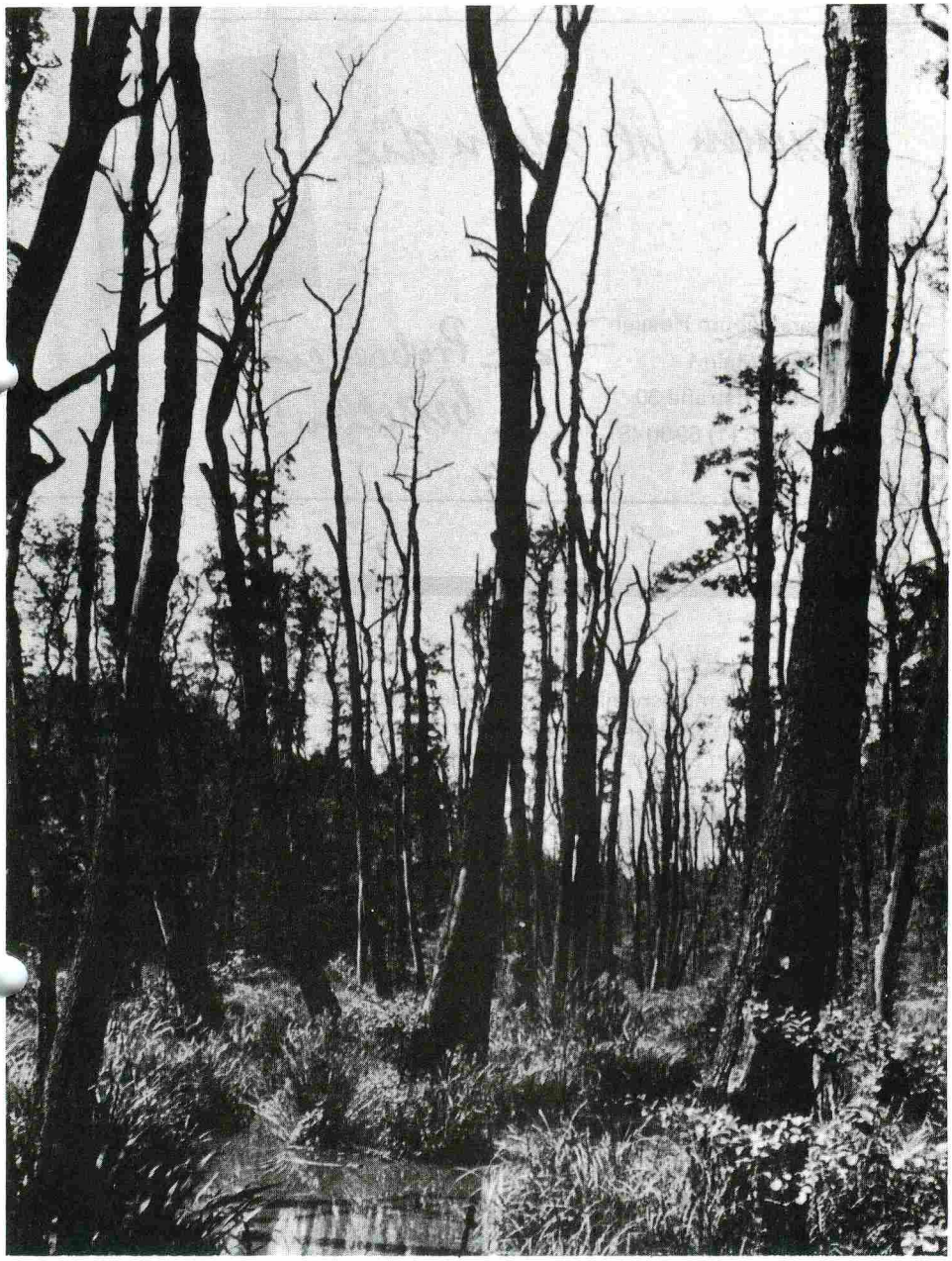
Kartenverwahrstelle der LVA Hessen
35 Kassel
Friedrich-Ebert-Straße 44

Hier ist wichtig, die Aufrechnungsbescheinigungen zu überprüfen, daß die Eintragungen über „Arbeitsplatz – Ausfallzeiten – oder andere Zweige der Rentenversicherung (Knappschaft) vollständig sind und unseren Erwartungen entsprechen.
Weitere persönliche Urkunden sind noch von Bedeutung: Geburtsurkunde des Versicherten, Geburtsurkunde der Kinder (bei Kinderzuschlägen), Heiratsurkunde (Scheidungs- oder Unterhaltsurteil).
Alle Papiere sollte man immer sorgfältig in einer Kassette aufbewahren.

Dies sind nur einige Hinweise, die dazu beitragen sollen, daß wir beruhigt dem „65" entgegensehen.

(wird fortgesetzt)

A. Siegel



Gespenstig und anklagend heben diese Bäume im Oberwald ihre Äste in den Himmel. Ein ganzer Waldstrich an der Helenen-Brunnen-Schneise ist abgestorben. Abgestorben, weil die Stadt Langen seit Jahren ungereinigte Abwässer in den Wurzelbach leitet.
Wann wird endlich diese Schweinerei abgestellt?

Kennen Sie schon die

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

UZ Landesbüro Hessen
6 Frankfurt/Main 1
Cronstettenstraße 30
Telefon (06 11) 59 00 48

← Probeexemplar bestellen!

Liebe Leser,
der „blickpunkt" hat mittlerweile viele Freunde in Mörfelden gefunden. Aus der Bevölkerung kommen viele Anregungen. Das freut uns sehr. Sollten Sie ein Problem haben, dann schreiben Sie uns. Oder Sie rufen uns einfach an.

Sofie Haag
Forsthausstraße 45
Telefon 3322

Heinz Hechler
Ellenbogenstraße 8
Telefon 3335

Rudolf Dötsch
Schumannstraße 5
Telefon 3166

Rudi Hechler
Hochstraße 22
Telefon 2362

. . . . und noch etwas. Obwohl wir den „blickpunkt" in unseren Freizeitstunden selbst herstellen, entstehen uns Unkosten. Deshalb würden wir uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen könnten.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22; Druck: Eigendruck